



## SCHULDNERBERATUNG: KOSTENLOS, FÜR ALLE, JETZT!

**Immer mehr Menschen in Deutschland schaffen es derzeit nicht mehr, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, weil Energie- und Lebenshaltungskosten massiv steigen. Doch vielerorts haben überschuldete Menschen kaum Zugang zur Schuldnerberatung. Das muss sich ändern!**

Schätzungsweise sechs Millionen Menschen in Deutschland sind überschuldet, häufig wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder geringer Einkommen. Nicht einmal zehn Prozent von ihnen erhalten Hilfe in einer Schuldnerberatung. Das liegt auch daran, dass Beratungsangebote für viele Geld kosten. Dabei ist klar: Überschuldete Menschen schreckt naturgemäß wenig mehr als die Aussicht auf weitere Ausgaben, die ihre Schulden dann womöglich noch vergrößern.

Die Schuldnerberatung in Deutschland kommt einem föderalen Flickenteppich gleich. Anspruch auf Beratung hat in jedem Fall, wer Sozialhilfe bezieht. Die Kommunen entscheiden, wer darüber hinaus kostenlose Beratung erhalten kann. Außen vor bleiben oft Erwerbstätige, Studierende oder Rentner. Doch gerade in Zeiten massiv steigender Lebenshaltungskosten ist es wichtig, durch frühzeitige Beratung eine drohende Überschuldung bei Privathaushalten abzuwehren.

### WIR FORDERN:

**Recht auf kostenlose Schuldnerberatung für alle!** Es sollte nicht sein, dass vielerorts überschuldete Menschen für die Schuldnerberatung zahlen müssen. Egal ob selbstständige Bäckerin, Rentnerin mit kleiner Rente oder angestellter Friseur: Wer Schuldnerberatung braucht, muss sie kostenlos bekommen können – egal wo. Deswegen fordern wir ein Recht auf kostenlose Schuldnerberatung für alle!

**Jetzt handeln!** Wir brauchen Veränderung jetzt. Aktuell rutschen immer mehr Menschen wegen stark steigender Lebenshaltungskosten unverschuldet in finanzielle Notsituationen. Je länger wir tatenlos zusehen, desto mehr Menschen drohen hinten herunterzufallen. Das darf nicht sein! Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich zu handeln.

**Die Bundesregierung muss liefern!** Im Koalitionsvertrag verspricht die Bundesregierung, die Schuldnerberatung auszubauen. Eine wichtige Zusage - und leider hochaktuell: Selten war es drängender, den steigenden Bedarf für Schuldnerberatung zu decken. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Koalitionsversprechen jetzt einzulösen. Aufbauend darauf sollte sie bundesweit eine kostenlose Schuldnerberatung für alle ermöglichen und auf ausreichende Kapazitäten und gesicherte Qualität hinwirken.

## **DIE LAGE IST ERNST**

Die Überschuldungsrisiken wachsen rasant. Die Kreditauskunftei Schufa verzeichnete bereits für August und September einen Anstieg nicht gezahlter Rechnungen von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ob Inflation, Energiekrise oder Zinsanstieg - viele Haushalte stehen derzeit vor enormen finanziellen Herausforderungen.

Gleichzeitig mangelt es an Beratung für Menschen in finanziellen Nöten. Schon vergangenes Jahr betrug die Wartezeiten stellenweise durchschnittlich knapp vier Monate. Derweil steigt die Nachfrage, bei jeder fünften befragten Beratungsstelle sogar um über 30 Prozent. Um schnellen Zugang zur Beratung für alle sicherzustellen, sollte die Bundesregierung auf ausreichend Beratungskapazitäten hinwirken.

Nicht nur Unternehmen brauchen jetzt einen Schutzschirm. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, in der Krisenbekämpfung überschuldete Menschen gezielt zu unterstützen. Die Forderung nach einem Recht auf Schuldnerberatung ist keinesfalls neu. Politischen Rückenwind gibt es von Länderebene seit 2020 sowie derzeit von EU-Ebene. Doch die Umsetzung steht aus.

## **SCHULDNERBERATUNG HILFT**

Soziale Schuldnerberatungen unterstützen Menschen in finanziellen Schwierigkeiten. Aus Scham oder Nichtwissen kommen viele oft erst in akuten Notsituationen wie drohendem Wohnungsverlust. Solchen Verläufen kann eine frühzeitige Beratung vorbeugen. Kurzfristig hilft sie, die wirtschaftliche Existenz überschuldigter Menschen zu sichern. Langfristig vermittelt sie neue Perspektiven.

Schuldnerberatung zahlt sich auch gesamtgesellschaftlich aus. Erfolgreiche Beratungen entlasten den Staat in Form gesparter Sozialleistungen, Verwaltungs- und Verfahrenskosten. Eine Untersuchung für die Stadt Hamburg ergab, dass jeder in die Schuldnerberatung investierte Euro die öffentliche Hand konservativ gerechnet um die doppelte Summe entlastet. Das zeigt: Für die Gesellschaft ist es teurer nichts zu tun, als überschuldeten Familien frühzeitig durch gute Beratung zu helfen. Schuldnerberatung vermeidet damit nicht nur soziale Notlagen und Verzweiflung. Sie ist auch eine Investition, die sich rechnet.